

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

21. – 28.04.2023

Nach einem vorläufigen Standby des Einwanderungsgesetzes infolge der Spannungen rund um die Rentenreform, soll über das Gesetz nun doch in ursprünglicher Form abgestimmt werden. Dies bestätigte Staatspräsident Emmanuel Macron in einem Interview am 23. April in der Tageszeitung Le Parisien. Er präzisierte jedoch nicht, wann die Abstimmung stattfinden soll und ob eine erneute Anwendung des Verfassungsartikels 49.3 zur Disposition steht. Premierministerin Elisabeth Borne bestätigte am 26. April, dass die Parlamentsdebatten aufgrund der fehlenden Mehrheit für das Gesetzesprojekt nicht vor dem Herbst stattfinden werden. In einer Rede am 22. März hatte Macron ursprünglich angekündigt, dass er den Entwurf in „mehrere Texte“ aufteilen wolle, um einen Konsens zu einzelnen Projekten im Parlament sicherzustellen. Der Vorschlag sorgte sowohl im linken als auch im rechten Lager für Kritik. Der Europaabgeordnete François-Xavier Bellamy (Les Républicains) verteidigte am 23. April die Idee eines Referendums über das Thema Einwanderung. Er lehnte dabei die derzeit diskutierte Abhaltung eines Bürgerkonvents zu dem Thema ab. Der Bürgerkonvent zu dem Thema Sterbehilfe, habe zur Infragestellung der Daseinsberechtigung der französischen Institutionen geführt, so Bellamy.

Premierministerin Elisabeth Borne stellte am 26. April ihren Fahrplan für die von Emmanuel Macron verordneten „hundert Tage der Beschwichtigung“ infolge der Rentenreform vor. Mitte Mai soll ein Gesetzentwurf für eine „grüne Industrie“ vorgelegt werden solle. Borne versprach außerdem, „eine gerechtere Verteilung des von den Unternehmen erwirtschafteten Reichtums“. In den nächsten drei Monate soll das Parlament „den Gesetzentwurf zur Umsetzung der Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern“ in dieser Frage zu diskutieren. Die Premierministerin rief die Unternehmen außerdem dazu auf, „kollektiv zu handeln, um die Löhne aufzuwerten“. Auf die Frage, ob sie außerhalb der Finanzgesetze auf Artikel 49.3 zurückzugreifen werde, erklärte die Regierungschefin, sie sei „zuversichtlich“, dass die Regierung in der Lage sei, „Mehrheiten für einzelne Projekte“ zu finden.

Die französische Regierung startete am 25. April die Transparenz-Plattform „En avoir pour mes impôts“ (Was bekomme ich für meine Steuern). Laut des Ministers für Öffentliche Finanzen, Gabriel Attal, soll die Website es den Steuerzahlern ermöglichen, nachzuprüfen, „wie ihre Steuern ausgegeben werden“. Frankreich gilt als Vize-Europameister, was der Erhebung von Steuern betrifft. Die Gesamtabgabequote liegt bei rund 47%. Auf der Seite werden u.a. die Kosten für den Staat aufgeführt, die durch ein Jahr in der Grundschule, eine Geburt oder die Instandhaltung eines Kilometers Straßennetz verursacht werden.

Die bürgerlich-konservative Fraktion im Senat hat einen Gesetzesvorschlag eingereicht, der darauf abzielt, „den Mindesturlaub für Arbeitnehmer im Falle des Todes eines nahen Verwandten von drei auf fünf Tage zu erhöhen“. Der Initiator, Senator Stéphane Le Rudulier, betonte, dass die Gesetzgebung in anderen europäischen Ländern „bis zu vier, fünf oder sogar zehn Tage Urlaub vorsieht, insbesondere in Deutschland oder Schweden“. Der Gesetzesvorschlag will auch einen zusätzlichen Urlaubstag, speziell für den Tag der Beerdigung, gewähren.

Zwei ultrarechte Aktivisten wurden nach ihrer Rückkehr aus der Ukraine wegen Besitzes von Kriegsmaterial festgenommen und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die beiden Männer wurden am 22. April, am Busbahnhof von Paris Bercy mit militärischem Material aufgegriffen. Sie waren auf dem Rückweg von Lemberg, wohin sie nach eigenen Angaben an Kampfhandlungen teilgenommen haben. Eine der beiden Personen ist ein ehemaliger Gebirgsjäger, der wegen seines neonazistischen Engagements aus der französischen Armee entlassen wurde. Der zweite Verurteilte hat Verbindungen zur rechtsextremen Szene.

In einem Interview im französischen Fernsehen hat Chinas Botschafter in Paris, Lu Shaye, am 21. April die Souveränität von Staaten infrage gestellt, die einst der Teil Sowjetunion waren.

Auf die Frage, ob die Krim zur Ukraine gehöre, sagte der Diplomat, es hänge alles davon ab, wie man dieses Problem betrachte. Einer Intervention des Moderators, dass die von Russland seit 2014 besetzte Schwarzmeerhalbinsel völkerrechtlich ein Teil der Ukraine sei, entgegnete Shaye: „Im Völkerrecht haben selbst diese Länder der ehemaligen Sowjetunion keinen effektiven Status, weil es kein internationales Abkommen gibt, um ihren Status als souveränes Land zu konkretisieren“. Das französische Außenministerium bekundete „Bestürzung“ über die bekundeten Aussagen.

Der algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune wird im Juni einen Staatsbesuch in Frankreich absolvieren.

Dies gab die algerische Präsidentschaft am 23. April, nach einem Telefongespräch zwischen Abdelmadjid Tebboune und seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron bekannt. Nach Informationen der Tageszeitung Le Figaro sollte Abdelmadjid Tebboune ursprünglich am 2. und 3. Mai nach Frankreich reisen. Die Bekanntgabe des neuen Datums erfolgte einen Monat, nachdem Paris und Algier offiziell einen Schlussstrich unter die letzte diplomatische Krise zwischen den beiden Ländern gezogen hatten. In einem Telefongespräch am 24. März hatten die beiden Staatsefs „Missverständnisse“ im Zusammenhang mit einem Zerwürfnis um eine französisch-algerische Aktivistin ausgeräumt.

Die französische Außenministerin Catherine Colonna besucht diese Woche Aserbaidshan und Armenien.

Colonna reiste am 26. April in die Region und wird ihre Reise am 28. April in Tiflis in Georgien beenden. „Ich unternehme diese wichtige Reise im Rahmen der Bemühungen Frankreichs, die Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidshan abzubauen, was nach den immer wiederkehrenden Zusammenstößen der letzten Monate unerlässlich ist“, betonte die Ministerin gegenüber der Presseagentur AFP.

Thales ist es gelungen, die Kontrolle über einen echten Satelliten der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) zu erlangen.

Dies geschah im Rahmen einer Übung, die von CYSAT organisiert wurde, dem europäischen Treffen für Cybersicherheit in der Raumfahrtindustrie, das am 26. April in Paris begann. Die ESA hatte die Simulation zur Fernsteuerung ihrer Nanosatelliten organisiert. „Dieser ethische Hackathon, eine Weltpremiere, wird die Sicherheit des Satelliten und der damit verbundenen Anwendungen erhöhen“, so Thales.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

François Léotard, ehemaliger französischer Verteidigungsminister, ist gestorben.

Auf Twitter gab Emmanuel Macron am 25. April den Tod des ehemaligen Kultur- und späteren Verteidigungsministers in den Koalitionsregierungen unter François Mitterrand bekannt. Der Politiker, der auch Bürgermeister von Fréjus und Abgeordneter des Departements Var, vor allem aber eine zentrale Figur der liberal-bürgerlichen Partei UDF war, starb im Alter von 81 Jahren.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
1			

Seit Beginn der Evakuierungsoperation hat die französische Armee 936 Personen evakuiert, darunter 214 französische Staatsbürger und deren Angehörige.

Die französische Armee hat die Evakuierung von 538 Personen, darunter 209 französische Staatsangehörige, die in der Nacht vom 24. auf den 25. April in Khartum festsaßen, abgeschlossen. Ein Soldat wurde bei der Operation, die vom französischen Stützpunkt in Dschibuti aus durchgeführt wurde, verletzt. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock dankte ihrer französischen Amtskollegin Catherine Colonna auf Twitter für die deutsch-französische Zusammenarbeit bei den Evakuierungen aus dem Sudan. Die Fregatte „Lorraine“ der französischen Marine ist am 26. April 2023 in Jeddah angekommen. Im Rahmen dieser neuen Operation wurden 398 Personen aus dem Sudan evakuiert, darunter 5 Franzosen.